

AK OBERÖSTERREICH

WISO

Nr. 1/25
Juli 2025
48. Jahrgang

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Schwerpunkt:
70 Jahre ASVG

Emmerich Tálos: Geschichtliche Entwicklung des ASVG
• *Dagmar Andree:* ASVG – ein feministisch-kritischer Blick • *Thomas Pilgerstorfer, Nina Plank, Iris Woltran:* Lebensstandardsicherung in der Pension – wie steht es darum? • *Angela Wegscheider:* Menschen mit Behinderungen im ASVG • *Dennis Tamesberger:* Der Sozialstaat für alle • *Bettina Csoka:* Lohn-„Neben“-Kosten? Eine Debatte ohne Ende • *Roland Atzmüller:* Sozialpolitik der radikalen Rechten

WISO Praxisforum

Roland Nöstlinger: AUVA: Erfolgsmodell in Bedrängnis

Außerhalb des Schwerpunkts

Iris Woltran: Herausforderung Kinderarmut in Österreich

„Unser Geld für unsere Leute“ – Konturen der Sozialpolitik der radikalen Rechten zwischen nationaler Homogenität und radikalem Umbau

1. Einleitung	124
2. Die Sozialpolitik der radikalen Rechten: Wohlfahrtschauvinismus oder Instrument gesellschaftlicher Transformation?	127
3. Konturen radikal rechter Sozialpolitik	130
3.1 Renationalisierung der Sozialpolitik und die moralische Überhöhung von „harter Arbeit“	130
3.2 Stärkung patriarchaler Familienstrukturen	132
3.3 Aktivierung als Strafe durch und Erziehung zur Arbeit	133
4. Schlussfolgerung: Sozialpolitik als Hebel zur Durchsetzung nationaler Vergemeinschaftung?	134

Roland Atzmüller

*Roland Atzmüller ist
assozierter Professor
am Institut für
Soziologie, Abteilung
Gesellschaftstheorie
und Sozialanalysen der
JKU Linz. Seine Arbeits-
gebiete sind (kritische)
Gesellschafts- und
Kapitalismustheorien,
Wohlfahrtsstaat und
Sozialpolitik.*

1. Einleitung

In Teilen der medialen, politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen hält sich die Einschätzung, dass viele radikal rechte Parteien zwar gesellschaftspolitisch rechts, wirtschafts- und sozialpolitisch in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten aber eher nach links gerückt seien. Dies wird daran festgemacht, dass sie kein Interesse an Sozialreformen hätten, womit in den von neoliberalen Vorstellungen dominierten öffentlichen Debatten insbesondere Kürzungen von Sozialausgaben, Privatisierungen und Budgetkonsolidierung gemeint sind. Eine adäquate Einschätzung der gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der sozialpolitischen Programmatiken der radikalen Rechten bleibt in der medialen Debatte eher aus.

Die Entwicklung eigener programmatischer Vorstellungen zur Sozialpolitik durch Parteien der radikalen Rechten hat auch in Teilen der Sozialwissenschaft die Frage aufgeworfen, inwiefern sie noch als eindeutig rechts kategorisiert werden können, da sie ja dem Staat eine starke Rolle in diesen Bereichen zuerkennen würden. Dies sei eigentlich Merkmal sozialdemokratischer, linker und grüner Parteien (zur Wirtschaftspolitik der radikalen Rechten: Becker 2018). In verschiedenen Analysen wurde untersucht (Enggist & Pinggera 2022; Röth et al. 2018), wie Regierungen mit Beteiligung (oder Duldung) solcher Parteien das Ausgabenniveau für Sozialpolitik beeinflussen. Dabei zeigte sich, dass sich das Niveau der Gesamtausgaben in derartigen Regierungskonstellationen kaum änderte. Offen bleibt dabei jedoch erstens, warum angesichts historischer Erfahrungen die Forderung nach einer starken Rolle des Staates per se eine progressive Position sein soll. Außerdem kann zweitens aus der Entwicklung des sozialpolitischen Ausgabenniveaus nicht abgeleitet werden, inwiefern es zu einem Umbau sozialpolitischer Institutionen und Aktivitäten gekommen ist und wie dieser einzuschätzen ist. Radikal rechte Parteien nutzen die Umgestaltung sozialer Rechte, aber auch die Neubestimmung der Aufgaben sozialer Dienstleistungen und des Zugangs zu diesen (oder dessen Verhinderung) als politisches Instrument zur Umsetzung eines autoritären Umbaus der Gesellschaft.

Die Entwicklung sozialpolitischer Programmatiken durch radikal rechte Parteien (Swank & Betz 2020) hat nicht zuletzt damit zu tun, dass diese seit Ende der 1990er-Jahre auch Arbeiter:innenmilieus

*Radikal rechter
Umbau sozial-
politischer
Institutionen und
Aktivitäten*

und Gruppen mit niedrigem sozioökonomischen Status ansprechen konnten (Busemeyer et al. 2022). Auch unter ihrem Parteivorsitzenden Herbert Kickl trägt die FPÖ daher das Label „soziale Heimatpartei“ vor sich her, wie auf ihrer Website¹ ersichtlich.² Diese programmatischen Erweiterungen sind wichtiger Teil der spezifisch autoritären Antwort rechter Parteien auf gesellschaftliche Entwicklungstendenzen und Krisenerscheinungen der letzten Jahre, die – so die in den sozialwissenschaftlichen Debatten formulierte Einschätzung – nicht mehr allein auf die Ablehnung von Migration konzentriert sind. Dazu zählen einerseits die Auswirkungen der Finanzkrise 2008 (Arbeitslosigkeit) und ihre Transformation in Staatsschuldenkrisen (Zeilinger & Reiner 2020). Deren austeritätspolitische Bearbeitung zog weitreichende Kürzungen im Sozialbereich nach sich und bedingte Verarmungs- und Prekarisierungsprozesse (Aviljas et al. 2021). Auch die Covid-Krise und deren wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Folgen sowie die hohe Inflation im Kontext des Ukrainekriegs sind hier zu nennen. Andererseits stellen sich diese Bewegungen und Parteien gegen Veränderungen der Geschlechterverhältnisse und Sexualitätsnormen sowie die Ausdifferenzierung geschlechtlicher Identitäten (Mayer et al. 2018), wogegen sie zunehmend aggressiv vorgetragene Ressentiments mobilisieren. Dies betrifft auch ökologische Umbauanstrengungen etwa der Mobilität (Autoverkehr) oder Ernährung (Reduktion des Fleischkonsums), die als Freiheitseinschränkung und Umerziehung geframt werden (Amlinger & Nachtwey 2022; Brand & Wissen 2024).

Durch die Erweiterung ihrer gesellschaftspolitischen Perspektiven entstand eine, wenn auch hochgradig selektive und ressentimentbasierte, von ihren Parteidänen aber durchaus als kohärent wahrgenommene, gesellschaftspolitische Erzählung der radikalen Rechten. Diese erklärt die ökonomischen und sozialen Krisen und Veränderungsdynamiken zu Bedrohungen der nationalen Identität (Heinisch et al. 2019; Lazaridis & Campani 2017; Rheindorf & Wodak 2018) und macht sie zum Fanal eines von sogenannten globalistischen Eliten angeblich geplanten „Bevölkerungsaustausches“, des Verlustes staatlicher Souveränität sowie des drohenden Zerfalls der Gesellschaft. Gerade die letztgenannten Diskuselemente zeigen aber die fortgesetzte Bedeutung der Mobilisierung gegen Migrationsprozesse für das rechte Krisennarrativ. Sie wird zu einem universellen Äquivalent in den rechten Krisenerzählungen (Laclau & Mouffe

Radikal Rechte profitieren von und reagieren auf gesellschaftliche Krisen

Hochgradig selektive und ressentimentgetriebene Krisenwahrnehmung

1991), durch das es ihnen gelingt, die skizzierten Krisenerfahrungen und Veränderungen mit einer hochgradig selektiven und verzerrten Thematisierung von Migration (Kosten für den Wohlfahrtsstaat, Kriminalität von Asylwerber:innen, sexuelle Übergriffe) und deren angeblichen Auswirkungen auf die Gesellschaft zu verbinden (Atzmüller et al. 2020; Hagedorn et al. 2025).

Für radikal rechte Parteien ist insbesondere das „Sozialsystem“ (FPÖ 2024) „Magnet“ (FPÖ 2024: 47) der Migrationsbewegungen. Migration wird als „Zuwanderung in unser Sozialsystem“ (ebda.: 50) gebrandmarkt und angeblich daraus resultierende Belastungen für die Bevölkerung werden in den Vordergrund gerückt (Ennser-Jedenastik 2020; Jørgensen & Thomsen 2016; Tálos 2019). In der rechten Vorstellungswelt ermöglicht der Zugang zu Sozialleistungen (anerkannten) Asylwerber:innen und Immigrant:innen, in den Einwanderungsländern dauerhaft Fuß zu fassen. Das ziehe weitere Zuwanderung nach sich und untergrabe so die Gesellschaft. Herbert Kickl stellte diesbezüglich im Sommer 2025 fest, dass dadurch der „Volkskörper“ „verwundet“ werde (Strobl 2025). Dies zeigt, dass die radikale Rechte Migration nicht mit Blick auf organisatorische, sozialpolitische oder ökonomische Herausforderungen thematisiert, sondern in Bezug auf nationale Identität und Homogenität, die bspw. die FPÖ in ihrem Wahlprogramm 2024 zu einer wesentlichen Säule der zu erbauenden "Festung Österreich" erklärt hatte (s.u.). Auseinandersetzungen um die Frage, inwiefern Migrant:innen eine wichtige Rolle auf den Arbeitsmärkten oder für die Sozialsysteme spielen (für Österreich: Biffl & Huber 2023; Rosenberger & Gruber 2020), nutzen radikal rechte Parteien eher, um durchzusetzen, dass Menschen anhand ihrer Leistungsfähigkeit und Nützlichkeit für die Gesellschaft beurteilt werden. Konkrete Programmatiken und Aktivitäten in der Sozialpolitik werden durch migrationspolitische Zielsetzungen legitimiert und überformt (Atzmüller et al. 2020; Hagedorn et al. 2025). Sozialpolitik soll zu einem Instrument der Herstellung nationaler Homogenität gemacht werden. Die Abwehr und Bekämpfung von Migration sind somit ein wesentlicher Einsatz des anvisierten gesellschaftlichen Umbaus und der Behauptung, durch die Herstellung ethnischer Homogenität, die real nie existierte, würden gesellschaftliche Krisendynamiken überwunden. Dies kam jüngst in der Übernahme der Forderung nach „Remigration“, wie sie von der Identitären Bewegung erhoben wurde, durch parlamentarische Repräsentant:innen der radikalen Rechten zum Ausdruck.

Sozialpolitik wird durch migrationspolitische Zielsetzungen legitimiert und überformt

Im ersten Abschnitt (2.) dieses Beitrags werde ich der Frage nachgehen, inwiefern eine Eingrenzung der Untersuchung radikal rechter Sozialpolitiken auf deren wohlfahrtschauvinistischen Gehalt ausreichend ist oder ob thematisiert werden muss, inwiefern diese Teil eines umfassenden Projektes des gesellschaftlichen Umbaus sind. Daran anschließend (3.) werde ich anhand von drei Dimensionen (Renationalisierung/Rechristianisierung, Stärkung traditioneller Familienformen, Ausbau erzieherisch-strafender Aktivitäten) Konturen eines radikal rechten Modells der Sozialpolitik skizzieren.

2. Die Sozialpolitik der radikalen Rechten: Wohlfahrtschauvinismus oder Instrument gesellschaftlicher Transformation?

In den wissenschaftlichen Debatten werden die sozialpolitischen Strategien radikal rechter Akteur:innen als wohlfahrtschauvinistisch bezeichnet (Ennser-Jedenastik 2018, 2020; Greve 2019; Ketola & Nordensvard 2018; Rathgeb 2024). Wohlfahrtschauvinistische Sozialpolitik (kritsch: Atzmüller 2022) will das sozialpolitische Leistungsgefüge so gestalten, dass die sogenannte autochthone Bevölkerung (bzw. ihre als produktiv angesehenen Teile) bevorzugt (institutionell und in Bezug auf Leistungshöhe und Zugang) wird. Zur Kostenersparnis und Umverteilung an Erstere sollen Sozialleistungen wie auch soziale Dienstleistungen für Migrant:innen, aber auch andere „non-deserving outsiders“ (z. B. Langzeitarbeitslose, Armutsbewölkerung usw.) eingeschränkt werden. Der gesellschaftspolitische Gehalt radikal rechter Sozialpolitikvorstellungen und deren Zusammenhang mit anderen Politikbereichen wird damit aber noch nicht ausreichend erfasst, da bspw. nur einzelne Veränderungen (z. B. Reformen der Arbeitslosenunterstützung) analysiert werden. Wohlfahrtschauvinismus erscheint daher oft nur als eine von mehreren Policy-Optionen, die von verschiedenen politischen Kräften implementiert werden können. Zusammenhänge mit weitergehenden Vorstellungen gesellschaftlicher Transformation werden kaum thematisiert. Auch Analysen zur Positionierung radikal rechter Parteien und deren Wähler:innen zu aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen sprechen deren gesellschaftspolitische Bedeutung eher nur am Rande an (Busemeyer et al. 2022; Rathgeb 2024). So wurde bspw. gezeigt, dass diese sozialinvestive Strategien zur Verbesserung sogenannter wirtschaftlicher Angebotsfaktoren (z.B. Förderung des Humankapitals, Ausbau der Kinderbetreuung, Verbesserung der Vereinbarkeit von

*Ausschluss von
Migrant:innen,
Langzeitarbeits-
losen und Armen*

*Sozialinvestive
Strategien
werden tendenziell
abgelehnt*

*Moralisch
gerahmte Wertung
der Legitimität
des Zugangs
zu sozialen
Errungenschaften*

Familie und Beruf zur Mobilisierung weiblicher Arbeitskräfte) tendenziell ablehnen. Dies ist u.a. auf die geschlechterpolitischen Implikationen dieser Strategien (Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen statt Förderung klassischer Hausfrauenehe) zurückzuführen.

In ihrer wohlfahrtschauvinistischen Konzeption begründet die radikale Rechte ihre Vorstellungen über den Erwerb sozialer Rechte mit spezifischen Gerechtigkeitsvorstellungen (Ennser-Jedenastik 2018), die spezifische Vorstellungen zu "harter Arbeit", und wer diese leiste und wer nicht, sowie die damit verbundenen Sekundärtugenden (Disziplin) und Verhaltenserwartungen (Unterordnung), überhöhen (Busemeyer et al. 2022). So können diese auch als angeblich besondere Charaktereigenschaft der eigenen Nation den Anderen entgegengestellt werden. Dies etabliert jedoch zugleich jedoch zugleich auch eigene Logiken in Bezug auf den Erwerb von sozialpolitischen Leistungsansprüchen, der auf einer oft moralisch gerahmten Wertung der Legitimität des Zugangs zu sozialen Rechten verschiedener Gruppen beruht. Diese Rahmung ermöglicht es, die Einschränkung und Erschwerung des Zugangs zu Transferleistungen (z. B. Abschaffung vorzeitiger Alterspension, Erhöhung des Pensionsalters) zu begründen, damit die sogenannten „Fleißigen und Anständigen“ (Jörg Haider), denen andere auf der Tasche liegen würden, „fair“ behandelt würden. Dies ist ein Faktor, der die Verbindung mit neoliberalen sozialpolitischen Reformvorstellungen erlaubt.

Zweifelsohne stellen wohlfahrtschauvinistische Sozialpolitiken für konservative (z. B. Österreich, Deutschland) und residuale/liberale (z. B. Großbritannien) Wohlfahrtsstaaten, die in den letzten Jahrzehnten workfaristische und rekommodifizierende (also die Warenförmigkeit von Arbeit forcierende) Reformen umgesetzt haben, keinen fundamentalen Widerspruch dar (Lessenich 2021; van der Waal et al. 2013).³ Sie bauen vielmehr auf deren Betonung der Arbeitswilligkeit von Leistungsbezieher:innen und dem Ausbau der Sanktionsregime im Wohlfahrtsstaat (etwa in der Arbeitsmarktpolitik) auf. Die Kürzung von Steuern und Abgaben (für Österreich: Stelzer-Orthofer & Tamesberger 2018), wird als Um-(bzw. Rück-)Verteilung an die „hart arbeitende“ Bevölkerung geframt, da Erstere nur der sozialpolitischen Unterstützung von Migrant:innen und nichtproduktiven Teilen der Gesellschaft dienen würden, wie dies etwa im Wahlprogramm der

FPÖ 2024 (2024) argumentiert wurde. Diese Verbindung neoliberaler Vorstellungen mit den arbeitsfetischistischen Orientierungen der Rechten stellt ebenfalls eine ideologische Grundlage von Koalitionsregierungen konservativer oder (rechts-)liberaler Parteien mit radikal rechten Parteien dar.

Die rechten Sozialpolitikvorstellungen sind darüber hinaus mit (traditionell) autoritär-populistischen Angriffen (Ennser-Jedenastik 2020) auf Funktionär:innen des Wohlfahrtsstaates, aber auch der demokratischen Interessenvertretungen (Gewerkschaften, Arbeiterkammer), auf sozialwirtschaftliche Organisationen, die mit der Durchführungen von Unterstützungsprogrammen für Arme, Asylwerber:innen, Langzeitarbeitslose usw. betraut sind (und als Armuts- oder Asylindustrie diffamiert werden), sowie auf soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen verbunden. Auch wenn radikal rechte Parteien dies als Elitenkritik darstellen, handelt es sich um Angriffe auf die demokratischen und sozialpartnerschaftlichen Einflussmöglichkeiten von Interessenvertretungen, aber auch sozialwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dies korrespondiert mit neoliberalen Vorstellungen der Durchsetzung eines schlanken Staates und war etwa in Österreich Gegenstand von Koalitionsabkommen der FPÖ und ÖVP. Die daraus resultierenden Umbaustrategien des sozialpolitischen Institutionengefuges äußern sich entlang von zwei Dimension: Zurückdrängung der Einflussmöglichkeiten von Interessenvertretungen (insbesondere Gewerkschaften) sowie sozialwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Sozialpolitik einerseits; Stärkung der staatlichen Kontrolle und Aufsicht andererseits.⁴

So haben die Koalitionsregierungen aus ÖVP und FPÖ bzw. BZÖ zwischen 2000 und 2006 sowie zwischen 2017 und 2019 weitreichende Maßnahmen zum organisatorischen Umbau der Selbstverwaltung der österreichischen Sozialversicherungen gesetzt (Tálos & Obinger 2019, 2020 sowie Tálos ausführlich in dieser Ausgabe). Diese fanden sie als Maßnahmen zur Kostenreduktion, Verbesserung des Managements und der Leistungsverbesserung, tatsächlich aber

Angriff auf die demokratischen und sozialpartnerschaftlichen Einflussmöglichkeiten von Interessenvertretungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen

wurde eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Sozialversicherungen durchgesetzt. Dazu gehörte erstens das von der ÖVP-FPÖ-Koalition der Jahre 2000–2006 durchgesetzte Prinzip der Vertretungsparität zwischen den Kurien der Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen in den Sozialversicherungen, was die Mehrheit der traditionell konservativen Arbeitgeber:innenverbände in den Leitungsgremien sicherte. Durch die Verpflichtung der Sozialversicherungen, sicherzustellen, dass die drei stärksten Fraktionen in den Leitungsgremien der Sozialversicherungen vertreten sein sollten, wurden auch der FPÖ Einflussmöglichkeiten gesichert. Die ÖVP-FPÖ-Koalition 2017–2019 setzte die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen für die unselbständig Beschäftigten zur Österreichischen Gesundheitskasse durch.⁵ Auch hier kam es durch die Einführung der Vertretungsparität zu einer Veränderung der Kräfteverhältnisse in den Entscheidungsgremien zugunsten der Arbeitgeber:innen. Darüber hinaus wurden die Aufsichts- und Kontrollrechte des Sozial- und Finanzministeriums über die Selbstverwaltung verstärkt (Tálos & Obinger 2019, 2020).

3. Konturen radikal rechter Sozialpolitik

Die radikale Rechte ist in Europa erst in wenigen Staaten in Regierungen gekommen und diese erwiesen sich nicht immer als stabil (Tálos & Obinger 2020). Es ist daher schwierig, die eigenständigen Strukturelemente radikal rechter Sozialpolitik zu bestimmen und deren Bedeutung für ihre gesellschaftlichen Transformationsvorstellungen herauszuarbeiten. Dies hat u. a. damit zu tun, dass die national unterschiedlichen politischen und institutionellen Settings Regierungen mit radikal rechter Beteiligung oft eher inkrementelle Strategien aufzwingen,⁶ sodass sich politische Pfadabhängigkeiten mit gesellschaftlichen Transformationsstrategien vermengen, was radikale Brüche erschwert. Im Folgenden werde ich trotzdem drei Dimensionen radikal rechter Sozialpolitik herauszuarbeiten versuchen.

3.1 Renationalisierung der Sozialpolitik und die moralische Überhöhung von „harter Arbeit“

Wie in der Diskussion des Wohlfahrtschauvinismus angedeutet, zielen radikal rechte Parteien auf eine Renationalisierung der Sozialpolitik.

Dies geht über bisherige, an die Staatsbürgerschaft gebundene Regelungen des Zugangs zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und der Sortierung von Anspruchsberechtigungen hinaus (Lessenich 2021).

Sozialpolitik soll zu einem Instrument der Abwehr der behaupteten Immigration in die Sozialsysteme und des Ausschlusses von Zuwander:innen umgebaut werden (Hagedorn et al. 2025). Integration und Teilhabe von Zuwander:innen ist – wenn überhaupt – nur noch als vollständige Assimilation an die „autochthone“ Bevölkerung akzeptabel (multikulturelle Diversität wird abgelehnt). Dies wird nur wenigen, die als besonders „nützlich“ gesehen werden, zugestanden und kann sofort zur Disposition gestellt werden, wenn gewisse Verhaltenserwartungen nicht (mehr) erfüllt werden (können).

In Ländern wie Ungarn oder Polen (Lendvai-Bainton & Szelewa 2020) verbinden sich derartige Tendenzen auch mit einer Rechristianisierung (Forlenza 2019; Strube 2020) sozialpolitischer Aktivitäten (Atzmüller 2023). Dabei wird bspw. der Einfluss der Kirche auf das Bildungssystem verstärkt oder religiösen Institutionen die Umsetzung sozialpolitischer Programme übertragen (Stubbs & Lendvai-Bainton 2020). Christliche Traditionen werden von rechten Parteien auch in den Staaten Nord- und Westeuropas immer wieder mobilisiert (Norocel 2016; Rheindorf & Wodak 2018).

Durch Renationalisierung von sozialpolitischen Leistungen soll die Logik bedarfsgeprüfter Unterstützungen (Sozialhilfe/Mindestsicherung) bzw. universalistisch zugänglicher Leistungen geändert werden (Ennser-Jedenastik 2018). Nicht die Bedürftigkeit einer Person soll den Zugang zu Leistungen legitimieren, vielmehr wird erwartet, dass der/die Betroffene zuerst durch Arbeitsleistungen zum nationalen Sozialsystem beiträgt (Griesser et al. 2024) und sich als gesellschaftlich wertvoll/nützlich – i. e. „produktiv“ – bewährt (Ennser-Jedenastik 2018). Dies ist weniger auf das Funktionieren von Arbeitsmärkten (Liberalisierung) oder Anreizstrukturen, eine Beschäftigung aufzunehmen, fokussiert, wie neoliberal Konzepte es betonen würden. Es geht vielmehr um die „produktivistische“ Überhöhung von Arbeit und Leistung (Busemeyer et al. 2022) als Voraussetzung für den Erwerb von sozialen Rechten. Dies legitimiert die Abwertung all jener, die diese Anforderungen nicht erfüllen können, und versucht, die Bereitschaft, sich diesen Anforderungen

*Renationalisierung
der Sozialpolitik
über bestehende
Zugangsvoraus-
setzungen hinaus*

*Überhöhung von
Arbeit und Leistung
als Voraussetzung
für den Erwerb von
sozialen Rechten*

unterzuordnen, zu einem wesentlichen Nachweis für die „Nützlichkeit“ von Menschen für die Gesellschaft zu machen.

Migrant:innen und den armutsbetroffenen Teilen der Bevölkerung wird Teilhabe an der nationalen Gemeinschaft nur dann in Aussicht gestellt, wenn sie diese Verhaltenserwartungen ohne weitergehende Ansprüche erfüllen – wenn sie sich also anpassen und sich nicht anmaßen, gegen was auch immer zu protestieren. Gleichzeitig werden Maßnahmen implementiert, die ihnen Möglichkeiten der Integration und Teilhabe verbauen oder an praktisch kaum erreichbare Bedingungen knüpfen – etwa wenn Sprach- und Integrationskurse gekürzt werden (wie z. B. in Österreich durch die ÖVP-FPÖ-Regierung 2017–2019 oder in Schweden) (Atzmüller et al. 2020; Dahlstedt & Neergaard 2019). Dies macht die explizit exkludierenden Dimensionen radikal rechter Sozialpolitiken sichtbar.

3.2 Stärkung patriarchaler Familienstrukturen

Radikal rechte Sozialpolitikkonzepte forcieren weiters traditionell patriarchale Familienstrukturen und geschlechtliche Arbeitsteilungen etwa im Care-Bereich. Ihr Ziel ist nicht zuletzt die Erhöhung der Geburtenrate zu Sicherung der Nation gegen Migration, wobei von derartigen Regierungen umgesetzte familienpolitische Fördermaßnahmen (z. B. Familienbonus) v. a. Mittelschichtfamilien unterstützen. Als Konsequenz wird daher auch die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs angegriffen (und wie in Polen abgeschafft). Die natalistischen Strategien zur Erhöhung der Geburtenrate zielen darauf ab, Sozialleistungen oder Steuererleichterungen für Familien an eine bestimmte Zahl von Kindern zu koppeln, wie dies etwa in Ungarn oder Polen implementiert wurde (Lendvai-Bainton & Szelewa 2020; Szelewa & Polakowski 2020). Auch das Rentenprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) sieht finanzielle Anreize (Zuschüsse bei den Rentenbeiträgen) zur Erhöhung der Geburtenrate vor (Butterwegge 2019, 2020). In Österreich wurde von der konservativ rechten Koalitionsregierung zwischen 2017 und 2019 ein sogenannter Familienbonus (Tálos 2019) implementiert, der hauptsächlich Mittelschichtfamilien zugutekommt (Becker 2023). Der in radikal rechten Sozialpolitikvorstellungen von den Menschen stets geforderte Beitrag zur nationalen Gemeinschaft, der dem Erwerb sozialpolitischer Ansprüche vorausgehen soll, kann daher auch in Form der

In letzter Konsequenz wird auch die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs angegriffen

Familiengründung (durch die „richtigen“ Familien) erfolgen (Butterwegge 2020; Szelewa & Polakowski 2020). Dies inkludiert aber nicht den etwaigen Kinderreichtum migrantischer Familien, da dieser als Teil des herbeiphantasierten „Bevölkerungsaustausches“ geframt wird (Atzmüller et al. 2020). Einerseits kann der Fokus auf patriarchale Familienstrukturen als Rückgriff auf die Logik konservativer Wohlfahrtsstaatsregime und deren sozialpolitische Stützung traditioneller geschlechtlicher Arbeitsteilungen in der Familie und Kinderbetreuung interpretiert werden (Becker 2023). Andererseits wird Familienpolitik an bevölkerungspolitische (gegen die demographische Bedrohung durch Migration) bzw. national und religiös/christlich begründete Vorstellungen zur Kleinfamilie als „Keimzelle der Nation“ (Erhöhung der Geburtenrate) gebunden (Lugosi 2018).

Wahlfreiheit oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind daher nur Schimäre in den Programmen der radikalen Rechten. Vielmehr werden Maßnahmen gesetzt, die die Spielräume und Ressourcen für andere Formen des Zusammenlebens und der sexuellen Orientierung, aber auch nichtchristliche Zuwandererfamilien sukzessive einschränken. Außerdem werden feministische Strukturen (etwa an den Universitäten oder in der Zivilgesellschaft) massiv beschnitten (oder gar verboten), wie dies etwa in Ungarn oder Polen, aber auch in Österreich zwischen 2017 und 2019 sichtbar geworden ist (Lendvai-Bainton & Szelewa 2020; Szelewa & Polakowski 2020; Tálos 2019; Mayer et al. 2018), da die „woke“ Indoktrination von Frauen durch den Feminismus als Treiber der gesellschaftlichen Krisen angesehen wird.

*Wahlfreiheit oder
Vereinbarkeit von
Beruf und Familie
nur Schimäre in
den Programmen
der radikalen
Rechten*

3.3 Aktivierung als Strafe durch und Erziehung zur Arbeit

Drittens bauen radikal rechte Sozialpolitiken auf den workfareistischen Veränderungen der (aktivierenden) Arbeitsmarktpolitik und Armutspolitik, wie sie von neoliberalen Reformprojekten seit Anfang der 1980er-Jahre forcierter wurden, auf. Gemäß neoliberalen Vorstellungen sollen arbeitsmarktpolitische Aktivierungsprogramme die Gewöhnung an Arbeitslosigkeit verhindern und die rasche Aufnahme einer Erwerbstätigkeit durchsetzen. Es wird aber jedem Individuum die Möglichkeit zuerkannt, Marktteilnehmer:in zu werden. Dies wird aber zu einer (oft moralisch begründeten) Verpflichtung erklärt, die von den Marktbedingungen (Lohnniveaus,

*Integration von
Zuwandererinnen/
Zuwanderern in
den Arbeitsmarkt
soll aus extrem
rechter Sicht eher
vermieden werden*

Beschäftigungsbedingungen) definiert und mittels Sanktionen durchgesetzt werden soll. Radikal rechten Sozialpolitiken geht die Perspektive auf einzelne Individuen aber tendenziell ab (Dahlstedt & Neergaard 2019; Stubbs & Lendvai-Bainton 2020), wie in Reformen in Ungarn oder Polen sichtbar geworden ist. Diese sehen vielmehr die Gesellschaft durch bestimmte soziale Gruppen (Einwanderinnen/Einwanderer, Arme usw.) bedroht, die aus ihrer Sicht nicht oder nur schwer in die Gesellschaft integriert werden können, deren Versorgung aber eine Belastung der „fleißigen und anständigen“ Bevölkerung darstelle. In Bezug auf Zuwandererinnen und Zuwanderer soll die Integration in Arbeitsmärkte (oder andere Förderungen) eher vermieden und verunmöglicht werden. Die tendenzielle Substitution der Marktorientierung vergrößert die strafend-erzieherischen Dimensionen derartiger Maßnahmen. Den als illegitim dargestellten Bezieher:innen von Transferleistungen wird unterstellt, sich Leistungen zu erschleichen (Becker et al. 2019). Aktivierungsmaßnahmen werden zum erziehenden und strafenden Selbstzweck, der darin liegt, Unterordnung und Disziplin herzustellen. So kann bspw. die Bewährung in Arbeitsprogrammen (oft als gemeinnützige Tätigkeit geframt) zur Aufenthaltsvoraussetzung für Personen mit Asylstatus werden (Jørgensen & Thomsen 2016). Dazu kommt noch, dass mehr und mehr Maßnahmen implementiert werden, die die Anpassung an die national definierte Leitkultur erreichen wollen (z. B. Wertekurse für Migrant:innen) und die Kontrolle des Konsum- und Freizeitverhaltens von Leistungsbezieher:innen inkludieren (Sachleistungsbezug statt monetärer Leistungen etwa in der Sozialhilfe/Mindestsicherung, räumliche und zeitliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit).

4. Schlussfolgerung: Sozialpolitik als Hebel zur Durchsetzung nationaler Vergemeinschaftung?

In ihrem Wahlprogramm 2024 (FPÖ 2024) stellte die FPÖ vier, wie sie es nannte, „Bausteine“ der Freiheit ins Zentrum. Zu diesen gehören neben Individualität und Souveränität das mit Blick auf Sozialpolitik wichtige Konzept der „Solidarität“ sowie „Homogenität“. Dass es dabei nicht einfach um die Verwendung positiv konnotierter Schlagworte des öffentlichen Diskurses zur rhetorischen Behübung eines Wahlprogramms ging, wird durch einen näheren Blick auf die Verknüpfung zwischen den Begriffen Homogenität und Solidarität im

Wahlprogramm 2024 der FPÖ sichtbar. Homogenität ist für die FPÖ eine gesellschaftliche Eigenschaft, die darin besteht, dass sich in einem „Staatswesen“, „Personen“ zusammenfinden, die „Ähnlichkeiten“ aufweisen. Einwanderung und „Multikulti“ würden Homogenität untergraben, sodass die „Basis des Staates“ „erodiert“ und das „Staatsvolk“ (FPÖ 2024: 45) seine Homogenität verliere. Solidarität ist ergänzend dazu jener Wert, der dieses „Zusammenfinden“ der Personen beschreibt, die dafür ihre eigenen Interessen gegenüber dem Wohlergehen der „Dorfgemeinschaft“, der „gesamten Gesellschaft“ (FPÖ 2024: 67) zurückstellen. Solidarität ist hier keine demokratische Praxis, um die Interessen Schwächerer gegen mächtige Gruppen zu organisieren, oder eine universalistische Norm, die potenziell alle Menschen, die Hilfe benötigen, erfasst. Die spezifische Verknüpfung von Homogenität und Solidarität zielt vielmehr auf das Volk als Gemeinschaft, die sozialpolitisch hergestellt werden soll.

*Umdeutung: „Volk“
als Gemeinschaft
statt Solidarität
als demokratische
Praxis*

Ich habe in diesem Beitrag herauszuarbeiten versucht, mit welchen sozialpolitischen Strategien dies versucht wird. Die Sozialpolitikvorstellungen der radikalen Rechten zielen erstens auf eine Renationalisierung sozialpolitischer Aktivitäten, die explizit auf die Abwehr von Migrant:innen und die Verunmöglichung von Integration ausgerichtet werden. Zweitens sollen traditionelle Familienformen und geschlechtliche Arbeitsteilungen im Kontext demographischer Krisendiskurse forciert, feministische und gleichstellungspolitische Aktivitäten zurückgedreht sowie pronatalistische bzw. bevölkerungspolitische Strategien zur Erhöhung der Geburtenrate durchgesetzt werden. Drittens wird der Ausbau strafend-erzieherischer Maßnahmen vorangetrieben und marginalisierten Gruppen werden bestimmte Verhaltenserwartungen aufgekroyert, die über Möglichkeiten zur Teilhabe an der Gesellschaft (Aufenthaltsstatus) oder Exklusion entscheiden. Zusammengenommen verweisen diese Strukturelemente radikal rechter Sozialpolitik auf Vorstellungen einer weitreichenden gesellschaftspolitischen Transformation, für die Sozialpolitik als Hebel nutzbar gemacht werden soll.

Anmerkungen

- 1 <https://www.fpoe.at/>
- 2 Im Wahlprogramm 2024 der FPÖ spielten explizit sozialpolitische Fragen insgesamt aber nur eine eher untergeordnete Rolle. Der Begriff „Sozialstaat“ kam insgesamt nur zweimal vor, „Sozialsystem“ immerhin achtmal, sechsmal davon mit dem Hinweis, dass Zuwanderung in selbiges (FPÖ 2024) verhindert werden müsse.
- 3 Aufgrund ihrer nationalstaatlichen Strukturierung gilt das in manchen Aspekten auch für die universalistischen/sozialdemokratischen (skandinavische Länder) Modelle.
- 4 Z. B. Verstaatlichung der Versorgung und Beratung von Geflüchteten durch die ÖVP-FPÖ-Koalitionsregierung 2017–2019.
- 5 Außerdem wurde die Sozialversicherung der Selbständigen geschaffen, der nun auch die Landwirt:innen angehören, sowie die Versicherungsanstalt öffentlicher Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (Tálos & Obinger 2020)
- 6 Eine auf weitere Entwicklungen sicherlich ausstrahlende Ausnahme stellt die gegenwärtige Trump Administration in den USA dar.

Literaturverzeichnis

- » Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2022): *Gekränte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin, Suhrkamp Verlag.
- » Atzmüller, Roland (2022): *Renationalisierung der Sozialpolitik. Die Zerstörung gesellschaftlicher Solidarität durch autoritären Populismus und neue Rechte*. In: Sigrid Betzelt / Thilo Fehmel (Hg.): *Deformation oder Transformation? Analysen zum wohlfahrtsstaatlichen Wandel im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden, Springer VS.
- » Atzmüller, Roland (2023): *Nächstenliebe nur für „unsere Leute“, „echte Familien“ und das „Abendland“? Über Zusammenhänge zwischen religiösen und rechtspopulistischen Sozialpolitikvorstellungen*. Theologisch-praktische Quartalsschrift 171/1, S. 60–69.
- » Atzmüller, Roland / Knecht, Alban / Bodenstein, Michael (2020): *Punishing the poor and fighting “immigration into the social system” – Welfare reforms by the conservative and far-right government in Austria 2017–2019*, in: Zeitschrift für Sozialreform/Journal of social policy research 66/4, S. 525–552.
- » Aviljas, Sonja / Hassel, Anke / Palier, Bruno (2021): *Growth strategies and welfare reforms in Europe*. In: Anke Hassel / Bruno Palier (Hg.): *Growth and welfare in advanced capitalist economies. How have growth regimes evolved?* Oxford, Oxford University Press, S. 372–436.
- » Becker, Joachim (2018): *Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis*. Wien, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- » Becker, Joachim (2023): *Rechte Sozialpolitik zwischen Neoliberalismus und Nationalkonservatismus: Ungarn und Polen*. In: Roland Atzmüller / Fabienne Décieux / Benjamin Ferschli (Hg.): *Ambivalenzen in der Transformation von Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat. Soziale Arbeit, Care, Rechtspopulismus und Migration*. Weinheim/Basel, Beltz Verlagsgruppe, S. 196–216.
- » Biffl, Gudrun / Huber, Peter (2023): *Migration & Arbeit*. Wien.
- » Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2024): *Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, Transformationskämpfe und sozialistische Perspektiven*. München, oekom verlag.
- » Busemeyer, Marius R. / Rathgeb, Philip / Sahm, Alexander H.J. (2022): *Authoritarian values and the welfare state: the social policy preferences of radical*

right voters, in: *West European Politics* 45/1, S. 77–101. <https://doi.org/10.1080/01402382.2021.1886497>.

- » Butterwegge, Christoph (2019): *Antisozialer Patriotismus: Die Rentenpläne der AfD*. Blätter für deutsche und internationale Politik 9, S. 99–106.
- » Butterwegge, Christoph (2020): *Sozial- und Rentenpolitik für die kleinen Leute? Makroskop*, [online] <https://makroskop.eu/46-2020/afd-sozial-und-rentenpolitik-fuer-die-kleinen-leute/> [abgerufen am 5.2.2021].
- » Dahlstedt, Magnus / Neergaard, Anders (2019): *Crisis of Solidarity? Changing Welfare and Migration Regimes in Sweden*, in: *Critical Sociology* 45/1, S. 121–135.
- » Enggist, Matthias / Pinggera, Michael (2022): *Radical right parties and their welfare state stances – not so blurry after all?*, in: *West European Politics* 45/1, S. 102–128. <https://doi.org/10.1080/01402382.2021.1902115>.
- » Ennser-Jedenastik, Laurenz (2018): *Welfare Chauvinism in Populist Radical Right Platforms: The Role of Redistributive Justice Principles*, in: *Social policy & Administration* 52/1, S. 293–314.
- » Ennser-Jedenastik, Laurenz (2020): *The FPÖ's welfare chauvinism*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 49/1, S. 1, [online] <https://web-app.uibk.ac.at/ojs/index.php/OEWP/article/view/3102>.
- » Forlenza, Rosario (2019): “*Abendland in christian hands*”. *Religion and populism in contemporary European politics*. In: Gregor Fitzi / Jürgen Mackert / Bryan S. Turner (Hg.): *Populism and the crisis of democracy*, Vol. 3: *Migration, Gender and Religion*. Abingdon, Oxon/New York, NY, Routledge, S. 133–149.
- » FPÖ (2024): *Festung Österreich. Festung der Freiheit. Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2024. (Langfassung)*. Wien.
- » Greve, Bent (2019): *Welfare, Populism and Welfare Chauvinism*. Bristol, Policy Press.
- » Hagedorn, Matheus / Schilk, Felix / Kiess, Johannes (2025): *Die sozial-politische Doktrin der Neuen Rechten. Strategische Vereinnahmung und kalkulierte Provokation*.
- » Heinisch, Reinhard / Werner, Annika / Habersack, Fabian (2019): *Reclaiming national sovereignty: the case of the conservatives and the far right in Austria*, in: *European Politics and Society* 4/2, S. 1–19.
- » Jørgensen, Martin Bak / Thomsen, Trine Lund (2016): *Deservingness in the Danish context: Welfare chauvinism in times of crisis*, in: *Critical Social Policy* 36/3, S. 330–351.
- » Ketola, Markus / Nordensvard, Johan (2018): *Social policy and populism: welfare nationalism as the new narrative of social citizenship*, in: Catherine Needham / Elke Heins / James Rees (Hg.): *Social policy review. Analysis and debate in social policy* 30. Bristol, Policy Press, S. 161–180.
- » Lazaridis, Gabriella / Campani, Giovanna (Hg.) (2017): *Understanding the populist shift. Othering in a Europe in crisis*. London/New York, Routledge Taylor & Francis Group.
- » Lenvai-Bainton, Noemi / Szelewa, Dorota (2020): *Governing new authoritarianism: Populism, nationalism and radical welfare reforms in Hungary and Poland*. *Social Policy & Administration*.

- » Lessenich, Stephan (2021): *Sozialstaat und soziale Ausschließung*. In: Roland Anhorn / Johannes Stehr (Hg.): *Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit. Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit*. Wiesbaden, Springer VS, S. 447–464.
- » Lugosi, Nicole V. T. (2018): *Radical right framing of social policy in Hungary: between nationalism and populism*, in: *Journal of International and Comparative Social Policy* 34/3, S. 210–233. <https://doi.org/10.1080/21699763.2018.1483256>.
- » Mayer, Stefanie / Sori, Iztok / Sauer, Birgit / Ajanovic, Edma (2018): *Mann, Frau, Volk. Familienidylle, Heteronormativität und Femonationalismus im europäischen rechten Populismus*, in: *Feministische Studien* 2, S. 269–285.
- » Norocel, Ov Cristian (2016): *Populist radical right protectors of the folkhem: Welfare chauvinism in Sweden*, in: *Critical Social Policy* 36/3, S. 371–390.
- » Rathgeb, Philip (2024): *How the radical right has changed capitalism and welfare in Europe and the USA*. Oxford, Oxford University Press.
- » Rheindorf, Markus / Wodak, Ruth (2018): *Borders, Fences, and Limits—Protecting Austria From Refugees: Metadiscursive Negotiation of Meaning in the Current Refugee Crisis*, in: *Journal of Immigrant & Refugee Studies* 16/1-2, S. 15–38.
- » Rosenberger, Sieglinde / Gruber, Oliver (2020): *Integration erwünscht? Österreichs Integrationspolitik zwischen fördern, fordern und verhindern*. Wien, Czernin Verlag.
- » Röth, Leonce / Afonso, Alexandre / Spies, Dennis C. (2018): *The impact of Populist Radical Right Parties on socio-economic policies*, in: *European Political Science Review* 10/3, S. 325–350.
- » Stelzer-Orthofer, Christine / Tamesberger, Dennis (2018): *Die arbeitsmarktpolitische Agenda der schwarz-blauen Regierung: Symbolische Politik oder radikaler Umbau?*, in: *WISO* 41/3, S. 15–43.
- » Strobl, Natascha (2025): *Herbert Kickl und der „Volkskörper“: Ein weiterer Tabubruch, ein weiteres Signal*, [online] moment.at vom 09.2025 [abgerufen am 12.09.2025].
- » Strube, Sonja Angelika (2020): *Rechtskatholizismus und die Neuen Rechten*. In: Uwe Backes / Philipp W. Hildmann (Hg.): *Das Kreuz mit der neuen Rechten*, S. 15–25.
- » Stubbs, Paul / Lendvai-Bainton, Noémi (2020): *Authoritarian Neoliberalism, Radical Conservatism and Social Policy within the European Union: Croatia, Hungary and Poland*, in: *Development and Change* 51/2, S. 540–560.
- » Swank, Duane / Betz, Hans-Georg (2020): *Do Radical Right Populist Parties Matter? The Case of the European Welfare State*, [online] <https://www.marquette.edu/political-science/directory/documents/swank-rrp-paper.pdf> [abgerufen am 15.9.2020].
- » Szelewa, Dorota / Polakowski, Michał (2020): *The “ugly” face of social investment? The politics of childcare in Central and Eastern Europe*, in: *Social Policy & Administration* 54/1, S. 14–27.
- » Tálos, Emmerich (Hg.) (2019): *Die schwarz-blaue Wende in Österreich. Eine Bilanz*. Wien, LIT-Verlag.

- » Tálos, Emmerich / Obinger, Herbert (2019): *Schwarz-blaue Sozialpolitik. Der österreichische Sozialstaat unter Druck*. In: Emmerich Tálos (Hg.): *Die schwarz-blaue Wende in Österreich. Eine Bilanz*. Wien, LIT-Verlag, S. 231–257.
- » Tálos, Emmerich / Obinger, Herbert (2020): *Sozialstaat Österreich (1945–2020). Entwicklung – Maßnahmen – internationale Verortung*. Innsbruck, StudienVerlag.
- » van der Waal, Jeroen / Koster, Willem de / van Oorschot, Wim (2013): *Three Worlds of Welfare Chauvinism? How Welfare Regimes Affect Support for Distributing Welfare to Immigrants in Europe*, in: *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 15/2, S. 164–181.
- » Zeilinger, Bernhard / Reiner, Christian (2020): *Trajectories of reforming European welfare state policies under the post-2008 socio-economic governance regime*. In: Stefanie Wöhl / Elisabeth Springler / Martin Pachel (Hg.): *The state of the European Union. Fault lines in European integration*. Wiesbaden/Ann Arbor, Springer VS, S. 215–256.